

Presseerklärung vom 16. Oktober 2012

S21: Absurde Anklage gegen angeketteten Parkschützer

Stuttgart, 16. Oktober 2012: Ab 9 Uhr findet heute im Amtsgericht Stuttgart eine Gerichtsverhandlung statt, bei der Parkschützer Dominik Blacha mit einer absurden Anklage konfrontiert ist. Obwohl er angekettet war, wird ihm Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen.

„Ich war angekettet und konnte mich kaum bewegen. Wie hätte ich mich da gegen Polizeibeamte wehren sollen?“, sagt Parkschützer Dominik Blacha. „Ich habe meinen Protest in dieser Nacht entschlossen und friedlich zum Ausdruck gebracht und gegen die unnötigen Baumfällungen und das illegale Treiben der S21-Projektträger protestiert. Wie man sieht, haben sich unsere Warnungen bestätigt: Der Schlossgarten wurde zerstört, aber die Bahn kann den unterirdischen Bahnhof aufgrund der geologischen Risiken und mangels Brandschutz-Konzept gar nicht bauen.“

Es war bereits Anfang des Jahres bekannt, dass die Bahn wegen der fehlenden Planfeststellung beim Grundwassermanagement nicht weiterbauen kann. Erst kürzlich hat der Gemeinderat der Stadt Stuttgart die 11. Änderung der Planfeststellung für den unterirdischen Bahnhofstrog verboten, um das Mineralwasser zu schützen. Stuttgart 21 kann auf der aktuellen Grundlage nicht gebaut werden, weil die Bahn aufgrund dieser Ablehnung den Bahnhofstrog statisch nicht in Griff bekommt.

Bei der Parkräumung in der Nacht zum 15. Februar 2012 war Dominik Blacha zusammen mit einem Aktivisten von Robin Wood in einem Betonfundament im Schlossgarten angekettet, um gegen das Immobilien- und Beton-Projekt Stuttgart 21 zu protestieren. Nach drei Stunden konnte er von der technischen Einheit der Polizei gelöst werden.

Der Strafbefehl ist auf 90 Tagessätze à 40 Euro, also einer Geldstrafe von 3600 Euro, festgesetzt. Der Tatvorwurf des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte (§113 StGB) setzt jedoch Gewalt, Androhung von Gewalt oder einen tätlichen Angriff voraus, die bei dieser Aktion des passiven Widerstands nicht gegeben sind.

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft geht gegen S21-Gegner besonders hart vor, während Tatvorwürfe gegen Projektbetreiber und Polizei verschleppt oder eingestellt werden.

Dieter Reicherter, Richter a.D. bemängelt: „Die Waagschale der Justiz ist aus dem Gleichgewicht geraten. Es darf in einem Rechtsstaat nicht sein, dass die S21-Gegner, die auf ein Unrecht hinweisen, härter bestraft werden als die Projektbetreiber, die das Unrecht zu verantworten haben. Beim Projekt Stuttgart 21 gibt es viele Hinweise auf Rechtsbrüche (siehe Seite 2), für die sich bisher niemand verantworten musste. Die Gerichte sollten dies erkennen und das Gleichgewicht wieder herstellen.“

Der Verhandlungstag des Robin-Wood-Aktivisten ist am 26.11.2012 im Stuttgarter Amtsgericht.

Rückfragen an Matthias von Herrmann, Pressesprecher der Parkschützer, Tel. 0174-7497868

Presseportal: parkschuetzer.org/presse

RSS-Feed: bei-abriss-aufstand.de/category/pspe/feed/

Internet: bei-abriss-aufstand.de und twitter.com/AbrissAufstand und parkschuetzer.org



Matthias von Herrmann
Pressesprecher
0174 - 74 97 868
presse@parkschuetzer.org
www.parkschuetzer.org/presse

Hintergrundinformationen zu Rechtsbrüchen bzgl. Stuttgart 21:

- Dem Großprojekt Stuttgart 21 ist die Grundlage entzogen, seit die Überprüfung der früheren Leistungsfähigkeitsgutachten erbrachte, dass der neue Großbahnhof auf lediglich 32 Züge pro Stunde ausgelegt worden war. Der alte Kopfbahnhof fertigt heute wie schon 1996 rund 38 Züge in der Spitzenstunde ab und hat eine bestätigte Kapazität von 50 Zügen. Damit ist S21 ein **genehmigungspflichtiger Rückbau**, die Planrechtfertigung ist entfallen. (siehe http://www.wikireal.info/wiki/Stuttgart_21/Leistung)
- Die **Finanzierung des Projekts ist verfassungswidrig**, da Bundesländer keine Aufgaben des Bundes übernehmen dürfen. (siehe Verfassungsbeschwerde von Dr. Eisenhart von Loeper, Sprecher des Aktionsbündnis gegen S21: <http://parkschuetzer.de/blog/534>)
- Im Schlossgarten wurden am 1.10.2010 **Bäume illegal gefällt und Artenschutzgesetze verletzt**.
<http://www.bei-abriss-aufstand.de/2010/10/01/schreiben-des-eisenbahnbundesamts-an-die-db-projektbau-gmbh/>
<http://www.stern.de/politik/deutschland/stuttgart-21-war-das-abholzen-illegal-1609749.html>
- Der **brutale Polizeieinsatz am 30.09.2010** ist noch nicht umfassend aufgeklärt und die zahlreichen Anzeigen gegen die politisch Verantwortlichen, die Einsatzleitung und Polizeibeamte werden verschleppt.
<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/09/das-laermende-schweigen/>
- Lokalpolitiker haben Mitte der 1990er Jahre umfassend Entscheidungskompetenzen abgegeben, eine Rahmenvereinbarung ohne Kündigungsmöglichkeit unterzeichnet und so die Einwohner Stuttgarts systematisch **von demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ausgeschlossen**.
- Die **Mehrkosten des Projekts** wurden von der Bahn und der CDU-Landes-Regierung bereits im Jahr 2008 vor mehreren Parlamenten verheimlicht. Als die Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet wurde, gingen die Parlamentarier von 3,1 Mrd. Euro aus. Die Planungsunterlagen der Bahn gingen zu diesem Zeitpunkt schon von 4,1 Mrd. Euro aus.
<http://www.stern.de/politik/deutschland/geheimpapier-zu-stuttgart-21-wie-die-bahn-die-wahren-kosten-verschleierte-1708627.html>
Die Juristen zu Stuttgart 21 erstatteten deswegen Anzeige wegen besonders schweren Betrugs. (siehe www.juristen-zu-stuttgart21.de/presse.html)
- Die **Rentabilität der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm ist umstritten**. Unwirtschaftliche Schienenprojekte dürfen laut Bundesverkehrswegeplan jedoch nicht umgesetzt werden.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bund-ueberprueft-schienenprojekte-ramsauer-s-neubaustrecke-rentabel-1.1022529>
- Die **Bahn hält sich nicht an ihre eigenen sicherheitstechnischen Vorschriften** (z.B. Bahnsteigefälle, Baubeginn ohne vollständige Planfeststellung oder Brandschutzkonzept)

